

Thema des Monats

Bauinvestitionen: Ergebnis 2006 und Prognosen für 2007

(brb).-2006 haben – nach vorläufigen Berechnungen – die Bauinvestitionen in Deutschland nominal um 6,1 Prozent zugelegt, preisbereinigt liegt das Wachstum bei 3,6 Prozent. Dies war die erste Zunahme der Bautätigkeit seit dem Jahr 1999. Für das laufende Jahr gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute von einem weiteren Wachstum aus.

Das Wachstum der Bauinvestitionen war 2006 deutlich stärker als beim Bruttoinlandsprodukt, das preisbereinigt um 2,5 Prozent zulegte. Erstmals seit 1999 hat die Bauwirtschaft im Vorjahr wieder zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Die stärkste Zunahme wurde im Wirtschaftsbau mit real 4,7 Prozent verzeichnet, gefolgt vom Wohnungsbau mit 3,6 Prozent und dem Öffentlichen Bau mit 1,6 Prozent.

Bei den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist allerdings zu berücksichtigen, dass für das letzte Quartal 2006 lediglich die Werte des Bauhauptgewerbes für den Monat Oktober vorgelegen haben. Die Entwicklung in den beiden letzten Monaten des Vorjahres musste vom Statistischen Bundesamt ebenso geschätzt werden wie die Tätigkeit im Ausbaugewerbe, das bei der aktuellen Entwicklung nur unzureichend erfasst wird. Nach Vorliegen der Werte für November und Dezember wird das Statistische Bundesamt dann korrigierte Ergebnisse vermutlich Anfang März 2007 bekannt geben.

Allerdings sind auch dies noch nicht die endgültigen Ergebnisse. Aufgrund der deutlichen statistischen Untererfassung

des Ausbaugewerbes werden die Zahlen nach Vorliegen der Umsatzsteuerstatistik (mit jeweils etwa zwei Jahren Verzögerung) nochmals – teilweise deutlich – revidiert. So wurden auf Basis der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2004 die nominalen Bauinvestitionen von 210,7 Mrd. Euro auf 207,85 Mrd. Euro korrigiert.

Für das laufende Jahr erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute sowie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine Fortsetzung des baukonjunkturellen Aufschwungs. Die derzeit vorliegenden Prognosen (erstellt im Oktober bis Dezember 2006) gehen für 2007 von einem Wachstum der realen Bauinvestitionen in einer Spanne von 0,7 Prozent (Institut für Wirtschaftsforschung, Halle) bis 3,9 Prozent (Institut für Weltwirtschaft, Kiel) aus. Die Institutionen, die eine nach Bausparten gegliederte Prognose liefern, erwarten einhellig, dass der Wirtschaftsbau auch im laufenden Jahr die Triebfeder der baukonjunkturellen Entwicklung sein wird. Ein leichtes Wachstum wird auch im Öffentlichen Bau erwartet, lediglich für den Wohnungsbau gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Prognosen der realen Bauinvestitionen 2007

Bausparten	WF	SVR	IfW	ifo	RWI	IWH
Wohnungsbau	0,8	-0,3	0,4	-0,5		
Unternehmen	2,0	5,4	10,0	4,6		
Staat	1,5	1,7	3,2	1,0		
Gesamt	1,2	1,7	3,9	1,3	2,1	0,7

Überblick

1 Thema des Monats:

Bauinvestitionen: Ergebnis 2006 und Prognosen für 2007

2 Kommentar:

Die Zeit läuft

Erfolgreiche Ausbildungsbilanz 2006: Hohe Ausbildungsbereitschaft in der Bauwirtschaft

Begehbare Geschichte des Straßenbaus

Arbeitslose Bauingenieure: Starker Rückgang

3 Forum Nord:

PPP kann profitabel für beide Partner sein

Auslandsaktivitäten deutscher Baufirmen

4 Trends und Märkte:

Investitionsrahmenplan IRP 2006 – 2010

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt Ausstellungsreihe fort

Kurz notiert

Impressum



Kommentar:

Erfolgreiche Ausbildungsbilanz 2006: Hohe Ausbildungsbereitschaft in der Bauwirtschaft

(brb).-Die positive baukonjunkturelle Entwicklung des vergangenen Jahres hat sich auch in der Ausbildungsbilanz niedergeschlagen. 12.000 junge Leute haben bis Ende des Jahres 2006 die Ausbildung in einem Bauberuf aufgenommen, 1.000 bzw. 9 Prozent mehr als Ende 2005. Über alle Lehrjahre wurden Ende 2006 rund 38.000 Jugendliche in einem Bauberuf ausgebildet, 1 Prozent mehr als 2005.

Die Gesamtzahl von 38.000 Auszubildenden entspricht einer im Vergleich aller Branchen überdurchschnittlichen Ausbildungsquote von rund fünf Prozent bezogen auf alle Beschäftigten.

Nach wie vor ist der Maurer der mit Abstand beliebteste Ausbildungsberuf in Ost- wie Westdeutschland. Insgesamt 10.000 junge Menschen, darunter rund 30 Frauen, lassen sich derzeit in einer dreijährigen Stufenausbildung in diesem bauwirtschaftlichen Allround-Beruf ausbilden, gefolgt vom Zimmerer mit rund 6.000 sowie dem Straßenbauer mit rund 4.000 Auszubildenden bundesweit. Die vor kurzem neu angelaufenen Ausbildungsgänge, die mit einem Studium kombiniert werden können, nehmen derzeit rund 90 Auszubildende wahr.

Arbeitslose Bauingenieure: Starker Rückgang

(brb).-Die Zahl arbeitsloser Bauingenieure ist im Verlauf des Jahres 2006 um 51 Prozent zurückgegangen, so die aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit. Waren zum Jahresbeginn 12.218 Bauingenieure als arbeitslos registriert, so weist die Statistik im Dezember 2006 noch 5.997 Arbeitslose aus.

Die Zeit läuft

(brb).-„Es ist nicht zu wenig Zeit, die wir haben. Es ist zu viel Zeit, die wir nicht nutzen.“ Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff hat gerade nachdrücklich an diese warnende Mahnung Senecas erinnert. Es spräche eigentlich nichts dagegen, wenn der Regierungschef die gescheite Bemerkung des altrömischen Philosophen zur verpflichtenden Devise für die Arbeit seines Kabinetts erklärte. Denn auch im neuen Jahr, das schon nicht mehr tauf frisch ist und von Woche zu Woche älter wird, gibt es viel zu tun für die Landesregierung.

Wenn die Regierung in nur noch zehn Monaten mit einer vorzeigbaren Jahresbilanz aufwarten will, dann darf sie bei der Verwirklichung ihrer Ziele keinen Tag vertrödeln, sondern hat bereits jetzt mit ihrem Arbeitstempo ans Limit heranzugehen. Unstreitig haben CDU und FDP hierzulande zweifellos nicht wenig auf den Weg gebracht, seit sie wieder in einem gemeinsamen Kabinetts die Politik verantworten. Doch sogar dem Ministerpräsidenten, der gelegentlich an die unaufhaltsam näher rückende Landtagswahl denken dürfte, scheinen einige der Vorhaben seiner Regierung zu langsam angepackt und umgesetzt zu werden. Die Worte Senecas hätte er sonst nicht unüberhörbar wiederholt.

Für das ungeduldige Publikum geht es ohnehin nicht schnell genug mit der dringend notwendigen Modernisierung der Infrastruktur oder mit der Umsetzung der niedersächsischen Reformagenda. Lassen sich die meisten der nur versprochenen oder tatsächlich geplanten und meist vordringlichen Vorhaben mit mehr politischer Entschiedenheit nicht doch rascher voranbringen? Muss es nicht eine wesentlich höhere Priorität geben für die Erneuerung der von der Vorgängerregierung sträflich vernachlässigten Landesstraßen, deren Fahrbahnen hier und dort den Rüttelstrecken der Autofabriken ähneln? Und bei aller Anerkennung der Anstrengungen zum Bürokratieabbau: Hat die Landesregierung wirklich alles unternommen, um wenigstens die hausgemachten ideen-, investitions- und chancenhemmenden Verwaltungsvorschriften drastisch zu verringern, wenn schon ihr Widerstand gegen die Paragraphenproduktion von EU und Bund ein Kampf gegen Windmühlenflügel ist?

Niedersachsen sucht den Anschluss nach oben an die Spitzenreiter unter den Bundesländern. Das wird nur gelingen, wenn die Landesregierung ackert und ihre Leute ackern lässt, wie es in Stuttgart, Wiesbaden und München üblich ist. Die Zeit darf nicht vertändelt und vertan werden. Senecas warnende Mahnung gilt.

Begehbare Geschichte des Straßenbaus

(brb).-Begehbare Historie – so ungefähr könnte man eine, neue Attraktion für Besucher der Autostadt beschreiben. Der Zufahrtsweg zu einem Hotel in der Autostadt, Wolfsburg wurde umgestaltet und lässt jetzt die spannende Geschichte des Straßenbaus – vom Trampelpfad bis zum modernen Flüsterasphalt – hautnah und mit allen Sinnen erleben.

Über die gesamte Länge der neuen „Parkstraße“ erstrecken sich 30 charakte-

ristische Abschnitte, die die wichtigsten Etappen in der Entwicklungsgeschichte des Straßenbaus repräsentieren. Vom unbefestigten Weg der Jäger und Sammler über die Römerstraßen und den „Makadam“-Belag, den Beginn des modernen Straßenbaus, bis zu den Hightech-Belägen von heute vermittelt die Parkstraße eine Zeitreise durch die Welt des Straßenbaus bis heute.



Forum Nord



Im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Niedersächsischen Landtag Wolfgang Jüttner

PPP kann profitabel für beide Partner sein

Baurundblick: Der vor kurzem vom Landtag verabschiedete Landeshaushalt für 2007 sieht Bauausgaben in Höhe von 131,8 Millionen Euro vor. Im Vorjahr waren es 171,1 Millionen Euro.

Wie beurteilt die SPD-Landesfraktion die Entwicklung der Bauausgaben, insbesondere in den Schwerpunktbereichen Hochbau, Landesstraßenbau und Hafenausbau?

Wolfgang Jüttner: Der niedersächsische Landeshaushalt weist seit Jahren eine viel zu niedrige Investitionsquote auf. Die Investitionen machen auch im Jahre 2007 – um Sondereffekte bereinigt – nur ca. 7 Prozent der Ausgaben aus. Damit bildet Niedersachsen im Vergleich aller Bundesländer das Schlusslicht bei der Investitionsfreudigkeit. Dies müssen wir verbessern. Die viel zu geringen Ausgaben für den Hoch- und den Straßenbau führen zum Verzehr der Bausubstanz und schädigen damit langfristig das Landesvermögen. Schon heute sind die Landesstraßen in einem außerordentlich schlechten Zustand. Der Unterhaltungsbedarf beträgt ca. 70 Millionen Euro pro Jahr, tatsächlich für die Unterhaltung der Straßen investiert werden 2007 aber nur 30 Millionen Euro. Die zu geringe Investitionstätigkeit belastet natürlich auch das heimische Baugewerbe, da die stimulierenden Auswirkungen staatlicher Nachfrage weitgehend fehlen.

Baurundblick: Als Ergebnis der Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung mit Wirkung zum 1. Januar 2006 und des Erlasses der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung entfällt für die Kommunen, die die so genannte Doppik einführen, die haushaltsrechtliche Bindung an die Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB/A). Das Niedersächsische Vergabegesetz, das ebenfalls eine Bindung der Kommunen an die VOB/A vorsieht, tritt – falls es nicht verlängert wird – mit Ende des Jahres 2008 außer Kraft.

Wie beurteilen Sie diese Entwicklung, die dazu führen könnte, dass in Niedersachsen als einzigem Bundesland die Vergabe von Bauleistungen sich mittelfristig möglicherweise nicht mehr nach der VOB/A richten würde?

Wolfgang Jüttner: Durch die Änderung der NGO zum 01.01.2006 entfällt für Kommunen, die ihren Haushalt nach der Doppik aufstellen, die haushaltsrechtliche Bindung an die VOB/A. Bis 2011 sind alle Kommunen verpflichtet, die Doppik einzuführen. Gleichwohl sind sämtliche Kommunen an die Vorschriften des Vergabegesetzes gebunden. Damit ist aufgrund des Vergabegesetzes bei Bauleistungen die Anwendung der VOB/A verbindlich vorge-



schrieben. Das Vergabegesetz ist bis zum 31.12.2008 befristet. Meine Fraktion wird sich jedoch in jedem Fall dafür einsetzen, dass das Vergabegesetz auch über diesen Zeitpunkt hinaus verlängert wird.

Ich halte es für sachgerecht, die alte Rechtslage möglichst bald wieder herzustellen. Gegenwärtig gewährleistet das Vergabegesetz die Anwendbarkeit der VOB/A durch die niedersächsischen Gemeinden. Wir werden uns durch eine kleine Anfrage über die Pläne der Landesregierung unterrichten lassen, wie und wann die Regelung der NGO wieder an den früheren Rechtszustand angepasst werden soll.

Baurundblick: In vielen Bundesländern werden zurzeit unter aktiver Beteiligung

von PPP-Kompetenzzentren vor allem bei der Sanierung und dem Bau von Schulen so genannte PPP- oder ÖPP-Projekte realisiert.

Wie steht die niedersächsische SPD zu dieser Form der Realisierung öffentlicher Infrastruktur durch privatwirtschaftliche Unternehmen?

Wolfgang Jüttner: Die SPD-Fraktion steht PPP bzw. ÖPP Projekten grundsätzlich positiv gegenüber. Im Idealfall profitieren beide Seiten von der Partnerschaft. Voraussetzung für jedes PPP-Projekt muss es aber sein, dass es bei langfristiger wirtschaftlicher Betrachtung günstiger für das Land ist als der klassische Bau und Betrieb durch das Land selbst. Die Errichtung und der Betrieb von Schulen oder Verwaltungsgebäuden in öffentlich-privater Partnerschaft ist daher begrüßenswert, wenn es wirtschaftlich sinnvoll für das Land ist. Hoheitliche Einrichtungen wie Justizvollzugsanstalten aber sollten aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in privater Trägerschaft betrieben werden.

Auslandsaktivitäten deutscher Baufirmen

(brb).-Der Anteil der Auslandsumsätze in Relation zu den Gesamtumsätzen des Baugewerbes lag 2004 bei 2,4 Prozent. Bei den großen Baufirmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz waren es 6,2 Prozent. Nicht erfasst sind in dieser Untersuchung allerdings die von ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften deutscher Baufirmen erbrachten Bauleistungen.

Im letzten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank wird die direkte Auslandstätigkeit deutscher Unternehmen nach Größenklassen und Wirtschaftszweigen untersucht (Quelle: Jahresabschlussdatenpool der Bundesbank). Im Jahr 2004 erwirtschafteten insgesamt 5,8 Prozent der Firmen des Baugewerbes (in Relation zu allen Firmen laut der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes) Umsätze im Ausland. Eine deutliche Differenzierung gab es nach den Unternehmensgrößenklassen.



Trends und Märkte

Investitionsrahmenplan IRP 2006 - 2010

(brb).-Ergänzend zu den Beratungen des Deutschen Bundestages zum Bundeshaushalt 2007 und der Mittelfristplanung hat das BMVBS den Investitionsrahmenplan (IRP) von 2006 bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes vorgelegt. Danach wird ein Bedarf für diesen Zeitraum von insgesamt 50,1 Milliarden Euro für Neubau und Ausbau sowie Erhaltung der Schienenwege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen ausgewiesen. Der Finanzplan des Bundeshaushaltes 2006-2010 weist hingegen nur 39,3 Milliarden Euro aus. Daraus wird deutlich, dass die Verkehrsinfrastruktur weiterhin unter Finanzknappheit leidet. Mit dem IRP wird damit letztlich bestätigt, dass die Ermittlung der „Pällmann-Kommission“ aus dem Jahr 2000 heute noch Bestand haben. Die nachfolgende Übersicht verdeutlicht diese Aussage.

	Schienenwege Eisenbahnen des Bundes (Mrd. E)	Bundesfernstraßen (Mrd. €)	Bundeswasserstraßen (Mrd. €)	Summe (Mrd. €)
Finanzbedarf für im IRP abzuschließende bzw. zu beginnende Bedarfsprojekte ab 2006 – 2010	25,2	22,4	2,5	50,1
Finanzplanung des Bundeshaushaltes 2006 – 2010	16,6	19,9	2,8	39,3
darunter Erhaltung der Bestandsnetze 2006 – 2010	(12,5)	(10,0)	(2,6)	(25,1)

Kurz notiert

(brb).-Im November 2006 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 23,4 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) stiegen um 36,1 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 8,8 Prozent.

In den neuen Bundesländern sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im November 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 17,2 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) sanken um 56,8 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 65,9 Prozent.

(brb).-Die Auftragseingänge für Januar bis November 2006 stiegen bis auf Bremen (- 1,8 Prozent), Hamburg (- 3,9 Prozent) und Hessen (- 1,1 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr an. Die Auftragseingänge für Niedersachsen beliefen sich für Januar bis November 2006 auf 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Eine Umsatzsteigerung im Vergleich zum Vorjahr konnten fast alle Bundesländer erzielen. Berlin (- 6,0 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (-4,7 Prozent) mussten dagegen Einbußen hinnehmen. Die Umsatzsteigerung in Niedersachsen belief sich für Januar bis November 2006 auf 11,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt Ausstellungsreihe fort

(brb).-Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen setzt seine Ausstellungsreihe mit Werken des Künstlers Edvard Frank und der Glaskünstlerin Gabriele Küstner fort.

Die Ausstellung im Haus der Bauindustrie, Eichstr. 19, 30161 Hannover, ist der Öffentlichkeit zugänglich. Sie läuft bis Ende März 2007.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.